Manfred Weber, CSU, Vorsitzender EVP-Fraktion, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Die EU-Außenminister trafen sich gestern in Luxemburg. Eigentlich stand neben weiterer Unterstützung für die Ukraine in deren Krieg gegen den Aggressor Russland auch der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan nach der Flucht Hunderttausender aus Bergkarabach auf der Tagesordnung. Doch in diesen Tagen wird bekanntlich eine Krise immer schon von der nächsten verdrängt und so war der Krieg zwischen Israel und der Hamas nach den Hamas-Terrorangriffen auf den Süden Israels das größte Thema. Doch genügend Einigkeit für eine bestimmende Linie gab es nicht. Wir haben es gerade kurz in den Originaltönen von Teilnehmern gehört.

Am Telefon ist Manfred Weber von der CSU. Er ist Chef der größten Fraktion im EU-Parlament, der konservativen EVP-Fraktion. – Guten Morgen, Herr Weber.

Manfred Weber: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Spielt angesichts der ja doch meist ziemlich vielstimmigen Position der EU-Außenminister zum Nahost-Konflikt die EU in dieser neuen dramatischen Zuspitzung des Konflikts überhaupt eine Rolle?

Weber: Das gestrige Ergebnis ist enttäuschend bei den Außenministern, dass es nicht gelungen ist, ein gemeinsames Wording zu finden. Allerdings werbe ich auch dafür, doch zu sehen, trotz der unterschiedlichen Perspektiven in Sachen Waffenstillstand, humanitäre Waffenpause, trotzdem das Gemeinsame zu sehen, nämlich die grundsätzliche Unterstützung für Israel, zu sagen, Israel hat einen schweren Terrorangriff erleben müssen und hat das Recht, sich zu verteidigen. Das ist das Grundprinzip, hinter dem auch die gesamte Europäische Union steht. Wie gesagt: Es war etwas enttäuschend gestern, aber wichtig ist auch zu sehen, dass wir in weiten Grundsatzfragen einer Meinung sind.

Engels: Sie sprechen es an: Die Runde der Außenminister ist schon so weit einer Meinung, dass man die Hamas verurteilt und deren furchtbaren Terror gegen Israel. Aber danach wird es wieder schwierig bei der Frage, wie sehr man Israel mahnen soll. Es geht immer um Verhältnismäßigkeit, ja, aber wie steht es um die Frage, ob man auch einen Waffenstillstand oder eine Feuerpause fordern soll. Wie ist Ihre Position?

Weber: Die Europäische Volkspartei, die Christdemokraten in Europa lehnen eine Forderung nach einem Waffenstillstand ab, weil klar ist, Israel ist attackiert worden. Die Bilder sind dramatisch, die wir gesehen haben, von dem Wahnsinn, den Hamas über die Israelis gebracht hat. Nach dem Holocaust ist es der schlimmste Fall, wo Menschen in der Zahl sterben mussten, nur, weil sie Juden sind. In so einer Situation, wo die Grundfeste Israels attackiert sind, nämlich den Juden das Versprechen zu geben, dass sie in Sicherheit und Freiheit und Demokratie leben dürfen, dass sie sich dort selbstverteidigen dürfen, ist für uns das Grundprinzip und das passt mit einer Waffenstillstandsforderung nicht zusammen. Wer angegriffen wird darf sich verteidigen nach dem internationalen Völkerrecht, und dieses Recht hat Israel. Deswegen lehnen wir eine Forderung nach einem Waffenstillstand ab.

Engels: Wenn wir diesen Gedanken mal weiterverfolgen, würden Sie dann Israel auch zu einer Bodenoffensive raten oder nicht?

Weber: Das muss Israel entscheiden. Aber Israel weiß, dass es sich im Rahmen des internationalen Völkerrechts bewegen muss, und wir alle wissen, die Staatengemeinschaft, die Weltgemeinschaft weiß, dass wir

einen Krieg gegen Hamas führen, aber nicht einen Krieg gegen die Palästinenser führen. Deswegen ist auch die humanitäre Hilfe wichtig, die Bereitschaft Europas, die Hilfen, die wir in den Gazastreifen geben, und wir als Europäer sind der größte Geldgeber für die palästinensischen Gebiete. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Lehrer bezahlt, die Krankenschwestern bezahlt, die Ärzte bezahlt. Wir haben den Staat, die palästinensischen Gebiete am Laufen gehalten, um einen Beitrag zur Aussöhnung, zum Frieden, zum Miteinander zu finden. Wenn das notwendig ist, dann sind wir auch bereit, diese Mittel zu erhöhen, so wie Ägypten das beispielsweise auch fordert. Aber klar ist, das Selbstverteidigungsrecht Israels steht nicht zur Debatte. Dieser Krieg gegen Hamas ist auch ein Stück weit unser Krieg, weil wir ja Terror auch in Europa erlebt haben. Mich hat das schon an Bataclan, an den Pariser Terroranschlag erinnert, oder wir hatten ja auch in Brüssel jetzt Anschläge. Insofern müssen wir uns vergegenwärtigen, dass es um die Frage geht, wie wir zusammenleben, und deswegen muss Hamas jetzt auch bekämpft werden.

Engels: Auf die Rolle der EU als Geldgeber kommen wir gleich noch zu sprechen. Werden wir noch mal kurz konkreter, was das Recht Israels auf Selbstverteidigung angeht. Insidern zufolge raten mittlerweile die USA der israelischen Seite von einer Bodenoffensive ab, weil es doch viele Risiken berge, und die humanitären Folgen haben Sie auch angesprochen.

Rechnen Sie noch damit oder wird nicht ohnehin das Ringen um Geiseln immer weiter dazu führen, dass sich dieser Prozess verzögert und dann doch nach anderen Möglichkeiten gesucht wird?

Weber: Letzte Woche waren Angehörige der Geiseln, die jetzt im Gazastreifen gekidnappt sind, Gast bei uns in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Auch in anderen Fraktionen haben sie ihre Perspektive dargestellt. Wer das Schicksal dieser Menschen sieht, dem geht die Frage durch den Kopf, was würde passieren bei einer Bodenoffensive. Andererseits muss man auch klar sagen: Israel ist im Krieg und die Entscheidung, wie sie Hamas bekämpft und wie sie dauerhaft für Frieden sorgt für ihre Bürgerinnen und Bürger, für die Staatsbürger Israels, ist die Entscheidung Israels und da muss sie auch Rückendeckung haben für diesen Weg, den sie geht. Die Abwägung wird vorgenommen und wir als Partner, als Freunde können nur einen Rat geben, internationales Recht einzuhalten. Aber die Entscheidungen müssen dann in Israel gefällt werden.

Für mich ist noch was anderes wichtig, nämlich wenn wir auch sehen, was es für uns Europäer bedeutet, gibt es zwei Fassetten. Das eine ist, dass wir Acht geben müssen, dass jetzt über Migrationsrouten nicht Terror auch wieder importiert wird nach Europa. Wir brauchen an der außengrenze verpflichtendes Screening mit allen

Geheimdienstinformationen, die wir haben, ob eventuell verdeckt Terroristen nach Europa kommen über die Migrationsströme. Das zweite, was gemacht werden muss, angesichts der Bilder in Israel, aber auch des Terrors in Belgien, in Brüssel: Wir müssen abstellen, dass das Internet, die digitalen Medien mittlerweile zu Lautsprechern für die Terrorverherrlichung geworden sind. Videos von dem Attentäter in Brüssel, der zwei Schweden, schwedische Staatsbürger ermordet hat, wurden tausendfach geteilt im Internet und damit kann diese Propaganda für junge Menschen beispielsweise sehr einfach zugänglich sein, und das muss beendet werden. Wir müssen die sozialen Medien zivilisieren. Das was in der realen Welt verboten ist muss auch in der digitalen Welt verboten sein. Das sind zwei Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen machen mussten, wo Europa jetzt gefordert ist.

Engels: Da ist Europa gefordert, sagen Sie. – Kommen wir noch mal auf die andere Rolle, in der Europa auch gefordert ist, zu sprechen, nämlich als größter Geldgeber bislang für die palästinensischen Gebiete, gerade was auch Lehrer, Schulen und Bildungseinrichtungen angeht. Sie haben es angesprochen. Auch der Außenminister von Luxemburg, Jean Asselborn sagte gestern, die EU sei kein Player, sondern ein Payer, ein Zahlender. Nun könnte man damit ja auch noch stärker Einfluss nehmen. Das Stichwort lautet hier wieder: Wie kann man künftig stärker sicherstellen,

dass diese Hilfe tatsächlich den palästinensischen Menschen dient und nicht den Terrororganisationen.

Weber: Das Grundprinzip muss sein, Geld aus den europäischen Töpfen darf weder direkt, noch indirekt in den Taschen von Hamas und anderen Terroristen landen. Das muss das Grundprinzip sein.

Engels: Wie kann man das besser kontrollieren?

Weber: Darauf müssen wir bestehen und wir müssen auch mit den Strukturen, mit denen wir zusammenarbeiten – hauptsächlich wird das ja über die Vereinten Nationen abgewickelt, die Unterstützung für die Palästinenser, mit der dortigen Struktur der UN -, müssen wir im Detail die Zahlungsgänge noch mal prüfen, noch mal durchgehen. Das ist eine mühsame Aufgabe, aber der müssen wir uns stellen. Und wir müssen vielleicht dort, wo möglich, auch auf das Sachleistungsprinzip umstellen, über Sachleistungen die Abwicklung durchführen, dass die Gelder möglichst in der Hand von EU-Strukturen bleiben.

Es darf aber andererseits jetzt auch nicht wieder den Reflex geben, komplett die Mittel zu kürzen. Wir würden damit eher den Flächenbrand

noch verstärken, wenn im Palästinensergebiet die Zahlungen komplett eingestellt werden würden. Wir brauchen einen Mittelweg, die konkrete Kontrolle, aber auch die Bereitschaft, humanitär zu helfen. Das ist mühsam, aber alternativlos.

Engels: Humanitär helfen – welche konkreten Schritte jetzt in dieser Krisensituation rund um den Gazastreifen schweben Ihnen da vor?

Weber: Ganz konkret geht es um die Frage, wieviel humanitäre Hilfe erreicht die Menschen im Gazastreifen. Sie wissen, die Grenzen sind geschlossen. Die Ägypter und die Israelis sind da jeweils die Entscheidenden. Bisher ist der Zulauf von humanitären Gütern äußerst begrenzt. Deswegen liegt es in der Hand der dortigen Akteure, das möglich zu machen. Aus europäischer Sicht muss klar sein, wir sind bereit, zu helfen und sicherzustellen, dass die Menschen versorgt werden.

Angesichts der Außenministertagung von gestern müssen wir Europäer aber auch über den Tag hinaus noch eines bedenken: Ich glaube, so wie Asselborn das gesagt hat, wir sind zwar Payer, aber nicht Player in dem Nahostkonflikt. Wir müssen unsere Strukturen überprüfen. In außenpolitischen Fragen kann Europa nur handeln, wenn wir einstimmig entscheiden, und das ist bei 27 Ländern – und Erweiterungsschritte stehen

ja eventuell bevor – so verdammt schwer. Deswegen müssen wir wegkommen von der Einstimmigkeit, hin zur Mehrheitsentscheidung. Europa muss handlungsfähiger werden, muss endlich Player werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.